ESSAM AL-SUDANI / AFP

Wahlwerbung in Basra: *„Liste eins – sechs – neun! Verstanden?“*

IRAK

Dschihad gegen Babys

Kurden und Schiiten ist ein Wahlerfolg bereits sicher, in Bagdad hofft Premier Alawi auf die Unterstützung der Sunniten. Doch im täglichen Terror schwindet die Hoffnung auf Fortschritte.

Der Anruf ist teuer, und meistens ist die Leitung besetzt. Doch die Auskunft, die unter 0088/216/65501724 erteilt wird, ist vielen Irakern das Geld und jede Wartezeit wert.

Ein gewisser Scheich Ali meldet sich unter der landesweit bekannt gegebenen Satellitentelefonnummer, ein ungeduldiger Mann aus der heiligen Stadt Nadschaf. Er gehört zum Stab von Großajatollah Ali al-Sistani, dem geistlichen Oberhaupt der irakischen Schiiten.

Die Frage, die ihm gestellt wird, ist immer dieselbe: „Wen sollen wir wählen?“ Die Antwort ist ebenso unabänderlich: „Eins – sechs – neun. Verstanden? Liste eins – sechs – neun! Die Allianz!“

Es hatte Verwirrung gegeben, ob Sistani nur die Stimmabgabe selbst zur religiösen Pflicht erklärt oder ob er ausdrücklich zur Wahl der „Vereinigten Irakischen Allianz“, der sogenannten Schia-Liste, aufgerufen hatte. Jetzt ist klar: Beides gilt, und niemand zweifelt, dass am Sonntag, bei der ersten offenen Wahl im modernen Irak, Millionen Schiiten seiner Empfehlung folgen werden.

Auch diejenigen, die auf Scheich Alis telefonischen Wahltipp verzichten, entkommen der massiven Propaganda der Allianz nicht. Fast konkurrenzlos dominieren die Plakate des im Zeichen der Kerze antretenden Wahlbündnisses vor allem in den Städten des Südirak, wo die meisten Schiiten leben, etwa 60 Prozent der Bevölkerung. Westliche Diplomaten schätzen, der Schiiten-Block werde mit etwa 35 Prozent Stimmenanteil abschneiden. Seine führenden Kandidaten können so gut wie sicher mit dem Einzug in die neue Nationalversammlung rechnen.

Doch der Wahlausgang ist inzwischen nicht mehr so eindeutig, wie er noch vor wenigen Wochen vorhergesagt worden war. Neben den sicheren Siegern des schiitischen Bündnisses im Süden und des Wahlpakts der beiden wichtigsten Kurden-Parteien im Norden hat sich seit Jahresbeginn ein unerwartet starker dritter Block etabliert – die „Irakische Liste“ von Übergangspremier Ijad Alawi.

Zunächst abgetan als Marionette der USA, die ihn im vergangenen Juni an die Macht gebracht hatten, konnte Alawi sein Profil inzwischen deutlich schärfen. Wirkungsvoller als jeder Konkurrent nutzt er die Hilfe der Medien, vor allem des einflussreichen, aus Dubai sendenden Satellitenkanals al-Arabija, der ihn seit Wochen in einer Vielzahl von Interviews präsentiert – mal als Staatsmann mit Anzug und Krawatte, mal als behaglichen Privatier im Pullover am Kamin.

Der anhaltende Terror, die sich zuspitzende Energiekrise und der praktisch vollständige Wahlboykott sunnitischer Parteien könnten Alawis Wahlchancen paradoxerweise zusätzlich erhöhen. Zu Beginn der Gewaltwelle war er noch zu jedem Anschlagsort geeilt, um zum Kampf gegen die Aufständischen aufzurufen. Inzwischen ist er selbst ein Gejagter.

Mindestens 69 Menschen kamen bei den Selbstmordanschlägen der vergangenen Woche ums Leben, allein 14 Schiiten am Freitag, dem Höhepunkt des islamischen Opferfestes. Der Krieg könne noch „Monate und Jahre dauern“, kündigte der Terroristenführer Abu Mussab al-Sarkawi an: „Unsere Schlacht gegen den Feind hat viele taktische defensive und offensive Möglichkeiten“, solche Kriege würden nicht in Tagen oder Wochen entschieden.

„Was ist das für ein Dschihad?“, fragte die Krankenschwester einer Bagdader Geburtsklinik, vor der eine Autobombe detoniert war. „Ist das jetzt der heilige Krieg gegen Mütter und Babys?“

Nach Sabotage im Wasserwerk Karch sitzt Bagdad seit voriger Woche auf dem Trockenen. Von 200 auf 1500 Dinar (knapp ein Euro) stieg seit Dezember der Schwarzmarktpreis pro Liter Benzin, vor den staatlichen Tankstellen bilden sich kilometerlange Schlangen. Trotz der Terrorgefahr sitzen zum ersten Mal seit Monaten sogar wieder Frauen in den wartenden Autos – bei bis zu zwölf Stunden Wartezeit teilen sich die Familien das Risiko.

„Alawi hatte bislang kaum die Macht, irgendetwas im Land zu verbessern“, sagt ein Diplomat in Bagdad. „Doch er hat gleichzeitig nie

GHAITH ABDUL-AHAD / GETTY IMAGES

Bombenanschlag in Bagdad: *„Woher die Zuversicht?“*

Angeknackste Moral

Die Folterfotos aus Basra zerstören
die Illusion über einen sauberen Krieg der Briten.

Nun ist auch diese Hoffnung weggebrochen – die der moralischen Überlegenheit über die amerikanischen Alliierten im Irak-Krieg.

Sicher, auch vor diesen Fotos hatte es Irritationen gegeben. Ein verstörender Report von Amnesty International war im Verteidigungsministerium gelandet und dort „vergessen“ worden. Die Sache versandete.

Letztlich setzte sich immer wieder die Überzeugung durch, dass sich, neben den amerikanischen Soldaten, „rekrutiert aus dem Müll von Wohnwagenparks“ („Daily Mail“), die weltoffeneren, klügeren Briten als Gentlemen im Krieg erweisen würden.

Die Gewissheit hatte in die selbstgerechte Grundstimmung gepasst, mit der Premier Tony Blair die Insel in den vergangenen sieben Jahren als Führernation eines „neuen“ Europa präsentierte, als moralisch streitbare Macht gegen die ewigen Zauderer aus Brüssel, Paris und Berlin.

Doch die völkerrechtlich zweifelhafte Intervention im Irak erwies sich als verhängnisvollster Fehlgriff der Ägide Blair, sowohl militärisch wie moralisch, und nun sind da diese Fotos – ein PR-GAU wie vor einem Dreivierteljahr die aus dem Bagdader US-Gefängnis Abu Ghureib.

Sie zeigen britische Soldaten, die grinsend irakische Gefangene misshandeln. Sie zeigen erzwungene homosexuelle Geschlechtsakte und Fellatio. Sie zeigen das Prügeln Gefesselter, Quälereien mit Gabelstaplern und immer wieder das „Okay“-Zeichen, das die Ohnmächtigen in die Kamera ihres Peinigers zu winken hatten.

Es ging da nicht etwa um Terroristen und Mörder, an denen sich einzelne Soldaten rächen wollten, sondern um bessere Eierdiebe, die man aus keinem anderen Grund quälte als dem, dass man die Möglichkeit dazu hatte.

Plünderer – amerikanische Soldaten hatten ihnen eher passiv zugesehen. „Solche Dinge passieren eben“, meinte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld damals salopp. In den britisch kontrollierten Sektoren wurde dagegen die Operation „Ali Baba“ angeordnet: „hartes Durchgreifen“.

Das war von manchen britischen Soldaten ganz offenbar als Lizenz zur Folter angesehen worden, eine Art halböffentlicher Spaß auf dem Stützpunkt. Einer der Soldaten brachte die Fotos am 28. Mai 2003 im heimatlichen Tamworth zum Entwickeln, als handelte es sich um Urlaubsschnappschüsse. Es war die schockierte Fotohändlerin dort, die die Polizei alarmierte.

REUTERS

Misshandlung eines Irakers
Spaß auf dem Stützpunkt

Über die Täter, allesamt aus dem renommierten „Königlichen Füsilier-Regiment“ (Motto: „Für England und St. George“), war vergangene Woche vor dem Militärgericht in Osnabrück zu vernehmen, dass sie sich alle durch besondere Tapferkeit vor dem Feind ausgezeichnet hätten. Junge Burschen eben, die „nur Befehlen gehorcht“ hätten. Denen wird nachgegangen.

Der Imageschaden für die britischen Truppen ist nicht zu ermessen. Die durch ihre Enthauptungen berüchtigte Sarkawi-Bande drohte bereits mit Racheakten. Durchaus bewegend beeilte sich Premier Tony Blair im Unterhaus vorige Woche, seinen Abscheu auszudrücken und zu betonen, dass die 65 000 britischen Soldaten im Irak-Einsatz von diesen schändlichen Einzelfällen abgesehen tadelfrei seien.

Er erntete bleierne Zustimmung in sämtlichen Fraktionen. Alle, so war es in den Gesichtern zu lesen, sind inzwischen kriegsmüde. Schon vorvergangene Woche war die Zustimmungsrate der Briten auf 29 Prozent gesunken – von einstmals 64 Prozent.

Wohl keine britische Militärgeschichte musste in so kurzer Zeit so oft in immer neuen Versionen erzählt werden wie dieser Waffengang, und jedes Mal fällt sie düsterer und armseliger und empörender aus. Was mit einem moralisch selbstgewissen Blitzzugriff zum Diktatorensturz begann, ist ein fragwürdiger, mörderischer Besatzerkrieg geworden, bei dem ein Ende nicht in Sicht ist.

Entsprechend erschüttert zeigen sich die moralischen Grundgewissheiten in diesen Tagen. Das kollektive Selbstgespräch auf den Britischen Inseln ist zweifelnder geworden. Nach der Katastrophe um die Fotos von „Nazi-Harry“ titeln die Groschenblätter nun zum zweiten Mal in nur einer Woche „Schamlos“ oder „Großbritanniens Schande!“

Als „selbstgerecht“ sehen Kommentatoren wie Paul Gilroy vom „Guardian“ den bisherigen Umgang mit der eigenen Geschichte. „Unsere Mentalität war: zwei Weltkriege, ein Weltcup.“ Historiker wie Niall Ferguson präsentierten schönende Interpretationen zum „guten Empire“ der Briten, die sich prächtig verkauften.

Immer häufiger wird nun auch hier die Gegenrechnung aufgemacht. Im „Independent“ konfrontierte die Buchautorin Caroline Elkins die Insel mit ihrer brutalen Vergangenheit als Kolonialmacht, etwa mit dem britischen „Gulag“ im Kenia der fünfziger Jahre, mit seinen anderthalb Millionen Inhaftierten, den über hunderttausend Toten.

Die Insel, so Paul Gilroy, habe „den Verlust ihres Empires nie richtig verarbeitet“. Liegt hier ein Schlüssel zu Blairs Interventionismus, seinem missionarischen Hurra-Abenteuer im Irak, der einst zum britischen Weltreich gehörte?

Mit den Folterfotos aus Basra stellt sich die Insel erneut Fragen. Sie lernt sich neu kennen, ihre unbearbeitete Geschichte, ihre skandalösen Geschichten. Kein Zweifel, sie liegt auf der Couch, und sie fühlt sich elend.

Matthias Matussek

einen Zweifel gelassen, dass er jedes Mittel einsetzen werde, wenn er die Macht erst mal habe.“ Das sorgsam gepflegte Image des starken Mannes – wegen seiner Rücksichtslosigkeit ist er inzwischen selbst bei seinen amerikanischen Freunden als „Saddam light“ bekannt – appelliert an breite Schichten der irakischen Gesellschaft, vor allem an jene Sunniten, die zwar zur Wahl gehen wollen, deren bevorzugte Parteien sich aber zurückgezogen haben.

„Ich werde für Alawi stimmen“, sagt etwa der Bauunternehmer Raschid Hummadi im überwiegend sunnitischen Adhamija-Viertel von Bagdad. Ihm bleibe keine andere Wahl: Die „schwarzen Turbane“ von der Schiiten-Liste lehnt er ab, und die säkulare Partei des Sunniten und ehemaligen Außenministers Adnan Patschatschi hält er für zu schwach.

Hummadis Nachbar hingegen will seinen Kosmetikladen schließen und sich vor der Wahl ins jordanische Amman absetzen. Abd al-Ilah Muhji al-Din hat bereits Visa für sich und seine Familie besorgt. Da das Geld nicht für Flugtickets reicht, riskiert er lieber die gefährliche Autofahrt über Falludscha und Ramadi, als in Bagdad auf die befürchtete Eskalation der Gewalt nach den Wahlen zu warten.

Auch im Süden, der von Aufstand und Terror wie im Sunniten-Dreieck bislang verschont geblieben ist, schwindet die Hoffnung, dass der erwartete Wahlsieg der Schiiten die Wende im Nachkriegsirak bringen könnte. „Wir hatten hier in Basra monatelang keine nennenswerten Anschläge“, sagt Muwaffak al-Rifai von der Wochenzeitschrift „al-Manara“. „Doch wenn die Stadt bis heute nicht wieder auf die Beine gekommen ist – woher dann die Zuversicht, dass eine schiitisch geführte Regierung die Dinge zum Besseren wenden wird?“

Iraks drittgrößte Stadt war bis zum Beginn des Irak-Iran-Kriegs 1980 eine blühende Metropole. Basra liegt zwei Jahre nach Saddam Husseins Sturz genauso trostlos am Schatt al-Arab, wie er es hinterlassen hat. Nach den schweren Regengüssen des Januar steht das Wasser hüfttief in den Gruben, die für nie gebaute Fabriken, Wohn- und Geschäftshäuser ausgehoben wurden. Stinkender Müll treibt durch die Kanäle der Innenstadt, das Grundwasser ist verseucht.

„Hier haben Männer die Macht übernommen“, sagt Rifai, „die weniger dem Irak zugetan sind als unserem östlichen Nachbarland.“ Das Wort Iran vermeidet er. Der 30. Januar, an dem nicht nur die Nationalversammlung in Bagdad, sondern auch die Parlamente der 18 irakischen Provinzen gewählt werden, dürfte den Einfluss der Mullahs im Südirak zementieren: „Sie werden danach viele Männer finden, die ihren Posten nicht ihrer Leistung, sondern ihren Verdiensten im iranischen Exil zu verdanken haben.“ Männer wie Hussein al-Battat und Salim al-Husseini zum Beispiel, die Basra-Chefs des „Obersten Islamischen Revolutionsrats“ und der schiitischen Daawa-Partei, die fast 20 Jahre lang in Iran lebten und im Widerstand gegen Saddam kämpften.

Der Sieg des schiitischen Wahlbündnisses in Basra ist zwar reine Formsache, dennoch zügelt Husseini seine Zuversicht. „Das iranische Modell ist nicht notwendig auch für den Irak das beste“, sagt er. Allerdings müssten die Werte der Scharia

SEBASTIAN BOLESCH / DAS FOTOARCHIV

Flüchtlinge in Kirkuk: *Festgeschriebenes Unrecht*

SEBASTIAN BOLESCH / DAS FOTOARCHIV

Polizeiausbildung in Arbil: *Gutwillige Vorleistung*

Grundlage der neuen Verfassung sein. Der Verkauf von Alkohol etwa sei unakzeptabel, langfristig sollten sich alle Frauen im Irak an das Kopftuch gewöhnen.

Ob ein Bürgerkrieg drohe, wenn die Sunniten des Irak in der künftigen Nationalversammlung nicht angemessen vertreten seien und die neue Verfassung ohne sie geschrieben werde? Battat, der Vertreter des Revolutionsrats, beschreibt das Angebot seines Parteichefs Hakim, sie einzubinden – notfalls mit Quotenplätzen, die vom Wahlergebnis unabhängig wären.

Doch ein solch großherziges Entgegenkommen passt ihm nicht recht. Er droht: „Dass wir bislang auf die Provokationen nicht mit Gewalt reagiert haben, heißt nicht, dass wir wehrlos sind. Viele schiitische Stammesführer sind zur Rache entschlossen. Noch hält Ajatollah Sistani sie zurück.“

Auch Taukif Faik, der stellvertretende Innenminister der kurdischen Regionalregierung im Nordirak, kann sich eines deutlichen Wahlerfolgs sicher sein – sowie der Schlagkraft der Peschmerga-Milizen, welche die Unabhängigkeit des Autonomiegebiets im Notfall verteidigen können. Ihn und seine Landsleute plagt ein Problem, das die bevorstehende Wahl nicht aus der Welt schaffen, sondern vielleicht sogar verschärfen wird: der Status der Vielvölkerstadt Kirkuk, eine der gefährlichsten und konfliktträchtigsten Hinterlassenschaften des Saddam-Regimes.

Für die Kurden, die dem Drängen ihrer amerikanischen Schutzmacht nach schnellen Wahlen nachgaben, kommt zumindest die Wahl für den Provinzrat ihrer heimlichen Hauptstadt zu früh. Tausende von Saddam vertriebene Kurden konnten bis heute noch nicht in ihre Heimat zurückkehren. Das Wahlergebnis vom 30. Januar wird die arabische und turkmenische Mehrheit in der Stadt bestätigen und damit das vom ehemaligen Regime geschaffene Unrecht festschreiben.

„Es können keine fairen Wahlen abgehalten werden“, klagt Faik. „Jahrzehntelang hat Saddam vertrieben und gemordet, und wir sollen in wenigen Monaten alle Menschen zurückführen, ohne dass es Häuser oder Wohnungen für sie gibt.“

Er malt Zahlen auf einen Zettel, addiert und subtrahiert: 170 000 vertriebene Kurden hätten Wahlrecht in Kirkuk, sagt Faik. Die Verwaltungsreform, mit der Saddam fünf kurdenreiche Landkreise von der Provinz Kirkuk abgekoppelt hatte, um die Demografie zugunsten der Araber zu verändern, müsse widerrufen werden – das garantiere bereits die seit Juni gültige Übergangsverfassung.

Obwohl ihr Anspruch bis heute nicht umgesetzt wurde, wollen die Kurden die Wahl nicht boykottieren – das ewige Image der Separatisten bewahrt sie davor. Ausgerechnet sie, die stets sezessionsverdächtigen Kurden, sind damit zum stabilisierenden Faktor im Zweistromland geworden.

Doch es ist eine Vorleistung, die irgendwann eingelöst werden muss – von der neuen Regierung in Bagdad oder den Amerikanern: „Solange Kirkuk nicht kurdisch ist“, so befand vorigen Freitag der Kurden-Führer Massud Barsani, „wird es im Irak keinen Frieden geben.“

Carolin Emcke, Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand